



Marcus Weinberg

Mitglied des Deutschen Bundestages

23.06.2017 – Pressemitteilung

Einigung beim Kinder- und Jugendstärkungsgesetz

Ergebnis der Großen Koalition stärkt Kinderschutz auch in Hamburg –
Enquete-Kommission muss nächste Legislaturperiode kommen!

Gestern Abend haben sich SPD und CDU/CSU über Teile im Kinder- und Jugendschutzgesetz (KJSG) verständigt. **Dazu erklärt Marcus Weinberg, familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Bundestagsabgeordneter für Hamburg und Altona:**

„Es ist es uns als großer Koalition gelungen, noch am Ende der Legislaturperiode wichtige Punkte zur Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes auf den Weg zu bringen. Von dieser Stärkung wird auch insbesondere Hamburg profitieren, da wir gerade in den letzten Jahren eine intensive und kritische Diskussion über die Probleme der Kinder- und Jugendhilfe hatten. Die Todesfälle von Jessica, die zu Hause grausam verhungerte, der elfjährigen Chantal, die in Hamburg-Wilhelmsburg an einer Methadon-Vergiftung starb, weil sie bei ihren drogensüchtigen Pflegeeltern Zugang zu der Heroin-Ersatzdroge hatte oder der von Yagmur, die aufgrund einer falschen Entscheidung des Familiengerichtes zu früh zu ihren leiblichen Eltern zurückkam, erinnern uns an die große Aufgabe, mehr für den Kinderschutz zu tun. Diese und weitere Namen von Kindern, die schlimmstes Leid und den Tod erfahren haben, sind uns Mahnung.

Mit dem Beschluss der Großen Koalition stärken wir aktuell den Kinderschutz. Wir als Union konnten dabei die Teile, die von den Experten als unschlüssig oder schlecht bewertet wurden, und die, die nur unnötige Bürokratie für die Jugendhilfe bedeutet hätten, wieder rausnehmen. Am Ende steht eine Reform für die Stärkung des Kinderschutzes und die Gewissheit, dass die kommende Legislaturperiode für einen großen Wurf genutzt werden muss.

Insbesondere ist es gut, dass es die Möglichkeiten gibt, unabhängige Ombudsstellen einzurichten. Wir als Union haben die Unabhängigkeit dieser Ombudsstellen eingefordert. Auch konnte auf unser Drängen hin das Jugendwohnen für junge Menschen, die an einer schulischen oder beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen, wieder ins Gesetz aufgenommen werden. Die Schärfung der Heimaufsicht ist, gerade mit Blick auf die Vorkommnisse in der Haasenburg und im Friesenhof, für uns ein wichtiger Schritt zur Sicherung des Schutzes der Kinder. Und: Hilfepläne müssen verpflichtend beim Familiengericht vorgelegt werden, was beim Fall Chantal nicht geschah.

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

 (030) 227 – 74092

 (030) 227 – 76106

 marcus.weinberg@bundestag.de

www.marcusweinberg.de

Wahlkreis

Ehrenbergstraße 33
22767 Hamburg

 (040) 7889 5313

 (040) 8060 7264

 marcus.weinberg@wk.bundestag.de



Marcus Weinberg

Mitglied des Deutschen Bundestages

23.06.2017 – Pressemitteilung

Nicht verständigen konnten wir uns hingegen auf die Regelungen zum Pflegekinderwesen. Diese Reform ist in ihrer jetzigen Form nach Aussage gegen der meisten Experten misslungen. Auch nach Ansicht des Hamburger Soziologen und Sachverständigen der öffentlichen Anhörung zum KJSG, Wolfgang Hammer, entspricht der Gesetzentwurf nicht dem Forschungsstand und dem Erfahrungswissen über Stärken und Fehlentwicklungen. Es werden laut Hammer Elternrechte geschwächt – Kinderrechte eher deklamatorisch und nicht real gestärkt. Diskussionen über Reformen der Kinder- und Jugendhilfe und die Reform der Fremdunterbringung müssen breit und transparent geführt werden. Genauigkeit geht vor Schnelligkeit. Es muss ein transparentes, breites Verfahren geben, welches wir mit den Beteiligten der Kinder- und Jugendhilfe konsequent abstimmen werden. Dazu bedarf es in der kommenden Legislaturperiode der Einrichtung einer Enquete-Kommission für eine breit angelegte Reform.“

Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

 (030) 227 – 74092

 (030) 227 – 76106

 marcus.weinberg@bundestag.de

www.marcusweinberg.de

Wahlkreis

Ehrenbergstraße 33
22767 Hamburg

 (040) 7889 5313

 (040) 8060 7264

 marcus.weinberg@wk.bundestag.de